



Detailansicht des Registereintrags

Waren-Verein der Hamburger Börse e.V.

Stand vom 11.08.2025 17:19:08 bis 30.09.2025 13:23:34

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000749
Ersteintrag:	21.02.2022
Letzte Änderung:	11.08.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	16.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Große Bäckerstraße 4 20095 Hamburg Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +49403747190 E-Mail-Adressen: info@waren-verein.de Webseiten: www.waren-verein.de</p>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

10.001 bis 20.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,28

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Frank-Christoph Rump

Funktion: Vorsitzender des Vorstandes

2. Christian Wolf

Funktion: Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes und Schatzmeister

3. Jens Borchert

Funktion: Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes

4. Henrik Bewarder

Funktion: Weiteres Vorstandsmitglied

Batraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (6):

1. Jeanette Gonnermann M.B.S.

2. Jana Johannßen

3. Rechtsanwältin Claudia Toussaint LL.M.

4. Ute Thote

5. Katharina Zimmermann

6. Amila Hadziefendic

Gesamtzahl der Mitglieder:

131 Mitglieder am 07.08.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (4):

1. Lebensmittelverband Deutschland e.V.

2. Bundesmarktverband der Fischwirtschaft e.V.

3. Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) e.V.

4. FRUCOM aisbl

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (9):

Außenwirtschaft; EU-Gesetzgebung; Fischerei/Aquakultur; Lebensmittelsicherheit; Lebens- und Genussmittelindustrie; Öffentliches Recht; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Handel und Dienstleistungen; Kleine und mittlere Unternehmen

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Waren-Verein der Hamburger Börse e.V. vertritt als Bundesverband des Groß- und Außenhandels die Interessen der Importeure von Trockenfrüchten, Schalenobst, Ölsaaten, Obst-, Gemüse- und Fischkonserven, tiefgekühltem Obst, Gemüse und Fischprodukten sowie Bioprodukten. Zum Zwecke der Interessenvertretung stellt der Verband seinen Mitgliedern Positions- und Faktenpapiere als Informations- und Kommunikationsquelle zur Verfügung. Der Waren-Verein der Hamburger Börse e.V. kontaktiert durch direkte Anschreiben, Positionspapiere und Teilnahme an durch Behörden organisierten "Runden Tischen" die zuständigen Ansprechpartner:innen bei den Bundesbehörden, wie z. B. dem BMEL und dem BVL. Außerdem kontaktiert der Waren-Verein der Hamburger Börse e.V. je nach Oberthema zum Zwecke der Interessenvertretung über seinen europäischen Dachverband „FRUCOM“ Mitglieder des Europäischen Parlaments. Darüber hinaus organisiert der Waren-Verein der Hamburger Börse e.V. Fachveranstaltungen für seine Mitglieder zu denen auch (je nach Thema) die zuständigen Ansprechpartner:innen der Bundesbehörden geladen werden.

Konkrete Regelungsvorhaben (17)

1. **Interessenvertretung zur PPWR: Anforderungen an Importeure, Transportverpackungen, Einwegkunststoffverpackungen HORECA, Datum des Inkrafttretens.**

Beschreibung:

Festlegung von weitreichenden Regelungen zu Verpackungen jeglicher Art. Die Mitglieder des Waren-Vereins sind von allen Aspekten, insbesondere von Verpflichtungen für Importeure, Reduzierung von Verpackungen, Erhöhung des Rezyklatanteils und Wiederverwendungszielen betroffen.

Betroffenes geltendes Recht:

VerpackG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2507230028 (PDF - 3 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 09.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

2. **Erhaltung bestehender Höchstgehalte Schwefeldioxid/Sulfite Obst, Gemüse, Trocken- und Meeresfrüchte**

Beschreibung:

Bestehende Höchstgehalte bei Trockenfrüchten, Obst- und Gemüsekonserven, Garnelen sowie weiteren Produkten erhalten, die von den Waren-Vereins-Mitgliedern gehandelt werden (Verordnung (EG) Nr. 1333/2008) NEU: Interessensvertretung VO (EG) Nr. 1333 /2008)).

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Fischerei/Aquakultur [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

3. Verlängerung bzw. Umgestaltung der Übergangsregelung

Beschreibung:

Verlängerung bzw. Umgestaltung der Übergangsregelung bei der Festlegung einer verpflichtenden Ursprungskennzeichnung für zahlreiche Trockenfrüchte und Nüsse (Ursprungskennzeichnung gemäß EU-Vermarktungsnormen (DelVO (EU) 2023/2429 sowie DVO (EU) 2023/2430))

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

4. Anhebung der Nickelhöchstgehalte für Pekannüsse, Haselnüsse und Chiasaat

Beschreibung:

Anpassung der neu eingeführten Nickelhöchstgehalte für Pekannüsse, Haselnusskerne und Chiasaat an für diese Naturprodukte realistische Werte. Berücksichtigung der natürlichen Gehalte an Nickel in Produkten aus unterschiedlichen Anbaugebieten weltweit.

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]

5. Interessensvertretung zur Revision der VO (EU) 1224/2009 zu Art. 56a (Los) und 58 (Rückverfolgbarkeit)

Beschreibung:

Revision der Fischereikontroll-Verordnung (EU) Nr. 1224/2009 durch delegierte und durchführende Rechtsakte mit dem Ziel, die Vorgaben zu Artikel 56a (Definition und Kennzeichnung von Losen) sowie Artikel 58 (Anforderungen an Rückverfolgbarkeitsinformationen) konkret auszustalten. Die Interessenvertretung bezieht sich auf die Mitgestaltung dieser sekundären Rechtsakte in Bezug auf Inhalt, Umfang und technische Ausführung der vorgesehenen Pflichten.

Betroffenes geltendes Recht:

SeeFischG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Fischerei/Aquakultur [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

6. Interessensvertretung zur Revision der IUU-Verordnung Art. 12ff - Umstellung auf CATCH-System & Fangzertifikate

Beschreibung:

Überarbeitung der Verordnung (EU) Nr. 1005/2008, speziell Art. 12 ff., zur Einführung des elektronischen CATCH-Systems. Regelung betrifft Fangzertifikate, Anerkennung von Drittstaaten-Systemen und Importkontrollen von Fischereierzeugnissen in die EU.

Betroffenes geltendes Recht:

SeeFischG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Fischerei/Aquakultur [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

7. Interessenvertretung zur Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes bzgl. Berichtspflichten

Beschreibung:

Das Regelungsvorhaben bezieht sich auf das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (BGBl. I S. 2959) und betrifft die Weitergabe von Berichtspflichten entlang der Lieferkette. Unsere Interessenvertretung fokussiert sich auf die indirekte Betroffenheit durch Anforderungen an Dokumentation und Nachweis im Rahmen der Sorgfaltspflichten.

Betroffenes geltendes Recht:

LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

8. Interessenvertretung zur Einführung der CSDDD - Berichtspflichten und indirekte Betroffenheit

Beschreibung:

Neueinführung der Europäischen Lieferkettenrichtlinie. Indirekte Betroffenheit seitens der Mitglieder des Waren-Vereins durch die Weitergabe der Berichtspflichten in der Lieferkette.

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

9. Interessenvertretung zur Umsetzung der CSRD (EU 2022/2464) - erweiterte Berichtspflichten

Beschreibung:

Umsetzung der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) (EU Nr. 2022/2464) mit Vorgaben zu erweiterten Nachhaltigkeitsberichtspflichten für Unternehmen. Die Interessenvertretung betrifft die Anforderungen an Berichtspflichten und deren Auswirkungen auf Mitglieder des Waren-Vereins.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 385/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12787 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

10. Doppelmeldungen und Mehraufwände der Unternehmen vermeiden

Beschreibung:

Doppelmeldungen und Mehraufwände der importierenden Unternehmen vermeiden

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Verordnung zur Durchführung der unionsrechtlichen Regelungen für Vermarktungsnormen für Obst und Gemüse

Datum des Referentenentwurfs: 27.06.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)
(20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EG-ObstGemüseV [alle RV hierzu]; QNormBanV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2407300002 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

11. Höhere Aussagekraft für Risikodefinition für die Liste der biologischen Hochrisikoprodukte

Beschreibung:

Entwurf Erstellung der Liste der biologischen Hochrisikoprodukte und Umstellungsergebnisse aus Drittländern und deren Kontrollquote

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2410240012 \(PDF - 1 Seite\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.10.2024 an:

Bundesregierung

12. Aussetzen des geplanten Importstopps für iranische Pistazien

Beschreibung:

Aussetzen des geplanten Importstopps für iranische Pistazien erreichen, u.a. durch Maßnahmen der iranischen Behörden und Exporteure.

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2411210007](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20.
WP) [alle SG dorthin]

13. Gegen Einstufung von Hochrisikoprodukten an der Anzahl der OFIS-Meldungen

Beschreibung:

Etablierung der Liste von Öko- und Umstellungserzeugnissen aus Drittländern mit hohem Risiko

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2501020005](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.12.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20.
WP) [alle SG dorthin]

14. US-Produkte, die nicht oder nur schwer durch andere Ursprünge ersetzt werden können, nicht mit Zusatzzöllen belegen (hier: insbes. Mandeln).

Beschreibung:

Geplante Durchführungsverordnung (EU) der Kommission über bestimmte handelspolitische Maßnahmen in Bezug auf bestimmte Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika als Reaktion seit 12.03.2025 beim Import in die USA erhobenen Zusatzzölle auf EU-Aluminium / Stahl; Bitte des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vom 13.03.2025 bis zum 17.03.2025 Stellung zu nehmen zu den US-Waren, auf die die EU-Kommission erwägt zusätzliche Zölle zu erheben (Liste der EU-Kommission vom 12.03.2025)

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [[alle RV hierzu](#)]; EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2503310062 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.03.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

15. **US-Produkte, die nicht durch andere Ursprünge ersetzt werden können, nicht mit Zusatzzöllen belegen (insbes. Walnüsse, Pistazien, Pekans, Pflaumen).**

Beschreibung:

Ggf. Ergänzung der Anhänge zu Durchführungsverordnung (EU) 2025/778 vom 14.04.2025 oder neue Durchführungsverordnung im Handelsstreit EU / USA; Bitte des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vom 14.05.2025 bis zum 04.06.2025 Stellung zu nehmen zu den US-Waren, auf die die EU-Kommission erwägt zusätzliche Zölle zu erheben (Liste der EU-Kommission Stand Mai 2025)

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [[alle RV hierzu](#)]; EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2506160001 \(PDF - 3 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

16. **Erhalt der befallsunabhängigen Dauerbeköderung (BUD)**

Beschreibung:

Erhalt der notwendigen Möglichkeit zur befallsunabhängigen Dauerbeköderung (BUD). In der „Ankündigung von Änderungen bei der 2. Verlängerung der Zulassung von

antikoagulanten Rodentiziden in Deutschland“ (Stand März 2024) hat die Zulassungsbehörde für Biozidprodukte in Deutschland, die BAuA, ausgeführt, dass ab dem 01.01.2026 in Deutschland „keine Anwendung von Antikoagulanzien ohne zuvor festgestellten Befall“ mehr stattfinden soll und „die derzeit noch geltenden Ausnahmen von dem Verbot der Permanentbeköderung (befallsunabhängige Dauerbeköderung) damit nicht länger vorgesehen sind“.

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506250015 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.04.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

17. Einwegkunststofffondsgesetz. Interessenvertretung: Externe Prüfung Mengenmeldung, Anwendungsbereich, Exportregelung, Einordnungsanträge.

Beschreibung:

Das Einwegkunststofffondsgesetz (EWKFondsG) basiert auf der in 2019 erlassenen Richtlinie (EU) 2019/904 über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt. Aus der Richtlinie resultierte am 11.05.2023 das EWKFondsG, das am 01.01.2024 in Kraft trat.

Zielsetzung des Gesetzes: Das EWKFondsG verpflichtet Hersteller, die Kosten unter anderem für die Entsorgung der in öffentlichen Anlagen (Straßen, Parks) anfallenden Abfälle von Einwegkunststoffprodukten zu tragen. Diese Aufwendungen werden durch die Schaffung eines Fonds beim Umweltbundesamt (UBA) zur Finanzierung der Abfallbeseitigung der Kommunen angesammelt.

Betroffenes geltendes Recht:

EWKFondsG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2506300221 \(PDF - 5 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [[alle SG dorthin](#)]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

600.001 bis 610.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[2024-Rechenschaftsbericht-WV.pdf](#)